



Seite 27

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/119

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
24. Mai 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Dr. Veit über Vollbeschäftigung und Mitbestimmung	S.1
Beiträge aus der Diskussion	S.2
Der neue Vorstand	S.5
Kommentar zur Wahl	S.6
Das Schicksal der Anträge	S.7
Hamburger Vignetten	S.8

Vollbeschäftigung und Mitbestimmung

Dr. Hermann Veit interpretiert die Wirtschaftspolitik der SPD

sp. Hamburg, 24. Mai 1950

Die Mittwoch-Sitzung des Parteitages war wirtschaftspolitischen Themen gewidmet. Im Mittelpunkt stand das Referat von Dr. Hermann Veit, Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden: "Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, der Weg zur Vollbeschäftigung". Dr. Veit stützte sich dabei weitgehend auf die vom erweiterten wirtschaftspolitischen Ausschuss der SPD ausgearbeitete Denkschrift: "Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung". (Siehe SPD-PresseDienst Nr. 115 vom 20. Mai).

Seine Ausführungen begann Dr. Veit mit einer Abrechnung mit der sogenannten sozialen Marktwirtschaft der Bundesregierung. Das Ergebnis, zwei Millionen Arbeitslose, belaste die deutsche Volkswirtschaft nicht nur auf der Seite der sozialen Verpflichtungen, sondern ebenso deshalb, weil diese Menschen zur Unproduktivität verurteilt seien. Die daraus erwachsenden Gefahren kennzeichnete Dr. Veit mit dem Satz: "Der Schrei nach Sicherheit wird die Sehnsucht nach der Freiheit ersticken, wenn es nicht gelingt, die Sicherheit in Freiheit zu garantieren".

Die Wirtschaftspolitik der SPD, untermauert von der modernen Wirtschaftswissenschaft, orientiert sich am Menschen. Nicht so sozial wie möglich, wie Dr. Adenauer gesagt habe, sondern so sozial wie notwendig müsse die Wirtschaftspolitik sein. Das sei nur durch eine Politik der Vollbeschäftigung, diese wieder nur durch Planung und Lenkung vom Haushalt bis zur Volkswirtschaft und mit so wenig Zwang wie möglich zu erreichen. Die Voraussetzung sei die Überführung der Schlüsselindustrien in die Hand des Volkes. Zu diesen Schlüsselindustrien gehören die Bergbau-

wirtschaft, Eisen und Stahl, Verkehr, die Gross-Chemie, Grossbetriebe der Baustoffindustrie, die Banken- und Versicherungswirtschaft sowie Monopolbetriebe, bei denen eine Monopolkontrolle notwendig sei. Die Klein- und Mittelindustrie sei davon nicht berührt. Nicht durch den Staat sollen die spezialisierten Betriebe geführt werden, sondern durch das Volk für das Volk. Sachverständige aus den Wirtschaften und aus den Gewerkschaften, nicht aber Beamte sollen diese Betriebe verwalten. Der Sinn der Sozialisierung sei nicht der höchstmögliche Gewinn, sondern die maximal wirtschaftliche Erzeugung von Gütern zum Zweck einer ausreichenden Bedarfsdeckung. Niemand solle sich an der Sozialisierung bereichern, es sei denn das ganze Volk.

Aus dieser, ihrer ganzen Haltung heraus setze sich die SPD für das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Volkswirtschaft ein. Die von den Gewerkschaften ausgearbeiteten Vorschläge habe sich die SED weitgehend zu eigen gemacht. Es sei zu überlegen, ob die Errichtung von Wirtschaftsräten bei den Ländern notwendig sei und ob diese Funktion nicht vom geplanten Bundeswirtschaftsrat wahrgenommen werden könne. Der Vorschlag, die Aufsichtsräte paritätisch zu besetzen, sei eine gute Lösung. Es sei unwahrscheinlich, dass dadurch die Unternehmerinitiative eingeschränkt werde. Warum habe man sich denn nicht gegen die Aufsichtsräte gewehrt, die aus Handels- und Finanzkreisen nicht aus Gründen der Förderung, sondern der Restriktion in fremde Aufsichtsräte gegangen seien?

Auf übernationaler Basis sei der Zusammenschluss von Nationalwirtschaften das Problem unserer Zeit. Ein grosses Hindernis sei das Bestehen verschiedener Wirtschaftssysteme in den einzelnen Staaten. In manchen Ländern, in denen der Sozialismus bereits Erfolge erzielte, habe man, um den Fortschritt zu sichern, stärker nationalwirtschaftlich handeln müssen. Man dürfe aber nicht übersehen, dass es den Sozialismus in einem Land allein nicht gebe. Vorteile, die auf Kosten des Internationalismus erkauft würden, seien auf die Dauer zu teuer.

Abschliessend fasste Dr. Veit die Forderungen - Vollbeschäftigung, Mitbestimmungsrecht und Zusammenschluss auf übernationaler Basis - noch einmal in prägnanten Sätzen zusammen. Er schloss, von starkem Beifall begleitet, mit den Worten: "Dann erst wird wahr, was unsere Väter erträumten - die Internationale wird die Menschheit sein".

- o - o -

#### Flüchtlingsproblem im Vordergrund

sp. In der Diskussion zum Referat von Dr. Veit wurde besonders das Vertriebenen-Problem behandelt. Prof. Preller, Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, erklärt, dass nun, nachdem der Flüchtlingsausgleich langsam in Gang gekommen sei, die Flüchtlingspolitik in die zweite Phase trete. Jetzt müsse das Kapital gelenkt werden, damit den Vertriebenen Existenzmöglichkeiten aufgebaut werden könnten. Die soziale Frage stehe im Vordergrund jeder Betrachtung. Auf 13,5 Mill. Beschäftigte kämen in der Bundesrepublik 12,5 Sozialversorgte, im Durchschnitt müsse jeder Beschäftigte ausser seiner eigenen Familie noch einen Nichtarbeitsfähigen und dessen Familie mit ernähren. Selbst ohne den Lastenausgleich müsse der öffentliche Haushalt 1950 für die soziale Fürsorge 30 Prozent aller Einnahmen gegenüber 18,5 Prozent im Jahre 1936 ausgeben. Es gebe heute 18 verschiedene Sozialleistungen, neun verschiedene Leistungsträger, sechs verschiedene Finanzquellen. Eine Straffung und radikale Reform auf der Grundlage der Selbstverwaltung sei notwendig. Deutschland habe

leider nicht mehr die modernste Sozialversicherung. Die klassische Sozialversicherung sei bereits viermal zusammengebrochen, trotzdem klammere sich die Bundesregierung noch an ihre Grundlagen. Auch das Arbeitsrecht müsse nach moderneren Gesichtspunkten wieder hergestellt werden.

Der Bundestagsabgeordnete Richard Reitzner, München, erklärte, dass man das Flüchtlingsproblem nicht mit "Eseelischem Marschgepäck" belasten dürfe. Unverrückbar sei der Anspruch der Vertriebenen auf ihre alte Heimat. Das sei die notwendigste Forderung. Man müsse sich aber auf den Boden der Tatsachen stellen und eine Flüchtlingspolitik machen, als ob es keine Rückkehr mehr in die Heimat gäbe.

Von der heutigen Koalition sei eine zufriedenstellende Lösung des Vertriebenenproblems nicht zu erwarten. Der Bundesfinanzminister mache nicht die geringste Anstrengung, Geld dafür flüssig zu machen. Er betätige sich im Gegenteil als Reisender für die Wahrung der Interessen der Besitzenden. "Ich zweifele nicht an der Ehrlichkeit des Bundesflüchtlingsministers Lukaschek", sagte Reitzner wörtlich, "aber er hat sich in die Rolle des Bettelmusikanten drängen lassen. Ein Jagdhund, den man zur Jagd treiben muss, ist kein Jagdhund und ein Heimatvertriebener in der Koalition kann nicht die Interessen der Heimatvertriebenen wahrnehmen.

Das Flüchtlingsproblem sei die Gesamthaftung der deutschen Nation für den Hitlerismus und den verlorenen Krieg. Daraus resultiere die Verpflichtung, nicht nur zu einer rechtlichen, sondern auch zu einer materiellen Gleichstellung der Vertriebenen. Die Verantwortung der Alliierten sei durch die Unterschrift unter die Austreibungsdekrete von Potsdam gegeben. Der Walter-Plan (Auswanderung von einer Million Deutschen) müsse studiert werden; er, Reitzner, zweifele aber an der Realisierbarkeit dieses Planes. Ausserdem würden die wertvollsten Menschen auswandern, was zurückbleibe, gehöre ins Krankenhaus oder Altersheim. Man müsse den Amerikanern für diesangebotene Hilfe dankbar sein, aber man müsse ihnen sagen: Helft mit euren Mitteln zur Sesshaftmachung der Vertriebenen in Westdeutschland.

Den Vertriebenen müsse man begreiflich machen, dass sie heute von "Berufsflüchtlingsen und politischen Rechtsanwälten" geführt werden. Sie müssten erkennen, dass ihre Ansprüche aussenpolitisch hinsichtlich der Rückkehr in die Heimat, innenpolitisch hinsichtlich einer rechtlichen und materiellen Gleichstellung nur mit der Sozialdemokratie möglich sei.

Professor Baade - Kiel verwies darauf, dass es zwei Grundprobleme seien, die unsere wirtschaftliche Situation kennzeichneten, für die es konkrete Möglichkeiten der Lösung gäbe. Erstens: das Investitionsproblem, zweitens: den Export, der die notwendigen Einfuhren ausgleichen müsse. Das deutsche Investitionskapital, das lediglich einer Vorfinanzierung bedürfe, sei ganz einfach die Masse der Arbeitslosen, die es zu mobilisieren gelte. Aus ihrer Leistung erwachsen ganz selbstverständlich die notwendigen Exportgüter. So sei eine konsequente Arbeitsbeschaffungspolitik der einzige Weg aus dem Dilemma.

Anschliessend sprach Dr. Rudolf Wissel<sup>1</sup> (Berlin) die Vermutung aus, dass es wahrscheinlich das letzte Mal sei, dass er Gelegenheit habe, sich von den Delegierten des Parteitagess zu verabschieden. Denn wenn man zwei Jahre mehr als neun Jahrzehnte hinter sich gebracht habe, müsse man mit allen Möglichkeiten rechnen. Im Sachlichen forderte er, die Partei müsse ein allgemein verständliches wirtschaftspolitisches Programm aufstellen in Anlehnung an die programmatische Forderung nach Planwirtschaft in den zwanziger Jahren, in denen er selbst diese Forderungen vor der Partei vertreten habe.

Professor Nölting dankte der Partei für die klare Forderung nach Sozialisierung und Mitbestimmung, die besonders heute notwendig seien, da die alten Eigentümer an der Ruhr wieder virulent würden und die Schrecksekunde überwunden hätten. Es sei heute mehr als je nötig, jeden Machtanspruch der braunen Finanziere an der Ruhr zurückzuweisen, die über das europäische Kartell wieder zurückkehren möchten. Die Mitbestimmung sei eine bessere Sicherung des Friedens als die von den Alliierten angestrebte Dekartellisierung, die in vielen Fällen nichts anderes als eine neue Form der Demontage bedeute. Hier werde auch der Versuch unternommen, mit der Dekartellisierung die Sozialisierung zahnlos zu machen. Sozialisierung und Mitbestimmung dienten dazu, der politischen Freiheit die wirtschaftliche Emanzipation hinzuzufügen, da der arbeitende Mensch seine Menschenwürde nicht in der Garderobe abgeben wolle, wenn er an die Arbeit gehe.

Dr. Hermann Veit verzichtete auf ein grosses Schlusswort, da die Diskussion im allgemeinen Zustimmung ergeben habe und verwies darauf, dass die Meldung über den 50-prozentigen Lastenausgleich der Regierung nichts anderes sei als der Versuch, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. In Wirklichkeit handele es sich nur darum, dass die Besitzenden zwei Prozent ihrer Kapitalzinsen jährlich an die Geschädigten abtreten. Aber nun, da es darauf ankomme, den Frieden zu gestalten, dürfe man nicht kleinlich sein, da sich niemand gescheut habe, Hunderte von Millionen für die Kriegsfinanzierung zu mobilisieren. Aber wir brauchten auch die Hilfestellung der internationalen Sozialisten in der Demontagefrage.

Der neue Vorstand

sp. Nach dem Ergebnis der Wahl zum Parteivorstand am Dienstag, dem 23. Mai 1950 ist der geschäftsführende Vorstand mit Ausnahme des ausgeschiedenen Herbert Kriedemann, der nicht kandidierte, unverändert geblieben. Es wurden gewählt und erhielten Stimmen:

als Parteivorsitzender Dr. Kurt Schumacher	345
" stellvertr. Parteivorsitzender E. Ollenhauer	348
Alfred Nau	322
Fritz Heine	314
Herta Gotthelf	296
Egon Franke	295

In den erweiterten Vorstand, d. z. zu unbesoldeten Mitgliedern, deren Zahl auf 24 begrenzt ist, wurden neu gewählt:

Dr. Hermann Veit, Wirtschaftsmin. von Württbg.-Baden  
 Wenzel Jaksch, der bekannte sudetendeutsche Sozialdemokrat  
 Pastor Heinrich Albertz, niedersächs. Flüchtlingsminister  
 Bruno Leddin, Hannover, M. d. B.  
 Fritz Steinhof, Wiederaufbauminister in Nordrhein-Westfalen  
 Alfred Dobbert, Düsseldorf-Chefredakteur des "Rhein-Echo"  
 Louise Alberts, Oberhausen, M. d. B.

Ausgeschieden sind:

Wilhelm Kaisen, Senatspräsident von Bremen  
 Willi Knothe (Hessen)  
 Valentin Baur, Augsburg  
 Robert Görliner, Köln

Im einzelnen erhielten Stimmen:

Waldemar von Knoeringen	348	Stimmen
Dr. Walter Menzel	340	"
Dr. Hermann Veit	339	"
Prof. Carlo Schmid	332	"
Erwin Schöttle	330	"
Fritz Henssler	328	"
Louise Schröder	327	"
Willi Eichler	318	"
Anni Krahnstöver	317	"
Wenzel Jaksch	314	"
Franz Neumann	310	"
Andreas Gayk	307	"
Heinrich Albertz	302	"
Franz Böglar	300	"
Dr. Elisabeth Selbert	294	"
Prof. Dr. Ernst Reuter	288	"
Lisa Albrecht	282	"
Karl Weitmann	277	"
Emil Gross	264	"
Bruno Leddin	257	"
Willi Fischer	248	"
Fritz Steinhof	242	"
Alfred Dobbert	234	"
Louise Alberts	226	"

Ausserdem erhielten

Wilhelm Kaisen	220	Stimmen
Willi Knothe	217	"
Valentin Baur	168	"
Robert Görlinger	167	"

In die Kontroll-Kommission wurden gewählt:

Fritz Ulrich - Walter Damm - Ernst Herder - Jakob Steffan - Georg Richter - Adolf Schönfelder - Gustav Bradtke - Christian Wittrock - Heinrich Höcker.

- o - o -

### Die Bedeutung der Vorstands-Neuwahl

sp. Hamburg, 24.5.1950

In der Neuwahl und der damit verbundenen Umwandlung des 30-köpfigen Vorstandes der Partei durch den Parteitag pflegen, mehr als das auf den ersten Blick erkennbar ist, ganz bestimmte Entwicklungstendenzen, Zusammenhänge und Tatsachen zum Ausdruck zu kommen. Das trifft natürlich auch für die Neuwahlen vom 23. Mai zu. Einige der wichtigsten Merkmale seien kurz vermerkt:

Der geschäftsführende Vorstand ist bis auf Herbert Kriedemann, der praktisch in den letzten 1 1/2 Jahren ohnehin vorwiegend in Frankfurt und Bonn in den parlamentarischen und weniger in der eigentlichen Parteiführungsarbeit tätig war, wieder beieinander. Hier hat sich praktisch also nichts geändert. Ob Kriedemanns freigewordener Posten in absehbarer Zeit neu besetzt werden wird, ist offen.

Bemerkenswert ist dann, dass Waldemar von Knöringen mit 348 Stimmen die höchste Stimmenzahl aller unbesoldeten Mitglieder hat. Darin liegt eine nicht zu übersehende Demonstration des Parteitages, denn gerade Knöringen ist im letzten halben Jahr und vereinzelt auch früher schon in besonders gehässiger Weise vor allem im Zusammenhang mit dem Hedler-Prozess angegriffen und verleumdet worden. Ein zweites Merkmal ist die wesentliche Stärkung der Flüchtlingsvertretung im Parteivorstand. Zu Anni Krahnstöver aus dem Land der grössten Flüchtlingsnot, Schleswig-Holstein, sind neu hinzugetreten Wenzel Jaksch, Heinrich Albertz und Bruno Leddin. Der sudetendeutsche Jaksch ist seit März 1950 Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge in Hessen. Er ist heute 54 Jahre alt und stiess schon vor dem ersten Weltkrieg in Wien, wo er das Maurerhandwerk erlernte, zur sozialdemokratischen Jugendbewegung. Nach dem Kriege kehrte er in seine südböhmische Heimat zurück, 1929 wurde er in das Prager Parlament gewählt. Von 1938 an war er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei des Sudetenlandes, nach dem Einmarsch der deutschen Truppen emigrierte er und zwar über Polen nach England. Im Februar 1949 kehrte er nach Deutschland zurück.

Pastor Heinrich Albertz hat sich als niedersächsischer Flüchtlingsminister durch Energie und Umsicht einen Namen gemacht. Er ist erst 35 Jahre alt und stammt aus Breslau. Seine entscheidende Begegnung mit dem Sozialismus hatte er während der politischen Haft im Wehrmachtgefängnis. Von 1941 - 1945 war er Soldat und nach 1945 Flüchtlingspastor in Celle. Seit 1947 ist er Mitglied des Niedersächsischen Landtages. 1948 wurde er geschäftsführender Vorsitzender des Landesausschusses für Arbeiterwohlfaht im Lande Niedersachsen.

Bruno Leddin schliesslich, der in der Flüchtlingsarbeit im Landesflüchtlingsrat Niedersachsens und im Flüchtlingsausschuss des Parteivorstandes tätig ist, befasst sich vor allem auch in der Bundestagsfraktion mit Fragen der Vertriebenen. Er ist seit 1914 Funktionär der Partei, hat von 1922 bis 1933 in Pommern gearbeitet, 1945 kam er von dort zum zweiten Mal nach Hannover, wo er in der Zeit des Nationalsozialismus zunächst arbeitslos, dann kaufmännischer Angestellter gewesen war. Er ist Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover und des Landesgusses Niedersachsen.

Schliesslich fällt auf, dass neben Menzel, Henssler und Eichler drei weitere Vertreter aus dem Westen, zum Teil direkt aus der Arbeit im Industriegebiet in den Parteivorstand kommen. Es sind das Fritz Steinhof, Alfred Dobbert und Louise Alberts. Steinhof ist Wiederaufbauminister von Nordrhein-Westfalen, als Nachfolger des verstorbenen Ernst Gnoss, dem er nun auch in den Parteivorstand folgt. 1913 schon trat er in die SAJ ein, 1919 in die Partei.

Alfred Dobbert, Chefredakteur des in Düsseldorf erscheinenden "Rhein-Echo" und Vizepräsident des Landtages von Nordrhein-Westfalen, ist 1897 in Wuppertal-Barmen geboren, hat aber lange Jahre seines Lebens in Sachsen verbracht. Dem sächsischen Landtag hat er 1926 bis 1930 angehört, dem Reichstag 1930 bis 1933. In der SPD ist er seit 1915.

Louise Alberts schliesslich war 1946/48 Oberbürgermeisterin von Oberhausen. Sie ist Mitglied des Bundestages und des Verwaltungsrates im NWDR und seit 1921 der SPD.

Nach der Stimmenzahl steht Dr. Hermann Veit, der ebenfalls in den Vorstand gewählt worden ist, an dritter Stelle der Liste der unbesetzten Mitglieder nach Waldemar von Knöringen und Dr. Walter Menzel. Er ist 53 Jahre alt und war bis 1933 Mitglied der SPD, für die er sich in vielen Reden eingesetzt hat. Nach 1933 hat er mit der illegalen SPD bis zur Verhaftung der Karlsruher Funktionäre zusammengearbeitet, als Anwalt wurde er von den Nationalsozialisten gemassregelt. Nach dem Ende des Krieges wurde er Oberbürgermeister von Karlsruhe, später Wirtschaftsminister in Württemberg-Baden. Bis 1948 war er bereits Mitglied des Parteivorstandes, seit damals ist er Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Parteivorstandes.

- o - o -

#### Das Schicksal der Anträge

sp. Hamburg, 24.5.1950

Nach der spannungsreichen Abstimmung über die politische Resolution trat der Parteitag in die Abstimmung über die Anträge zu den bisher erledigten Tagesordnungspunkten ein. Es war eine verhältnismässig schnelle Prozedur, dank der launigen und geschickten Verhandlungsführung des alten Parlamentsstrategen Adolf Schönfelder, aber auch, weil der Inhalt der Anträge den Delegierten lange genug bekannt war.

Der wichtigste Antrag war der zuvor vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied Egon Franke begründete Entwurf eines Organisationsstatuts. Zu ihm lagen eine lange Reihe von Abänderungsanträgen vor. Der Entwurf wurde angenommen mit der Massgabe, dass die vorliegenden Änderungsanträge den Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen werden und der nächste Parteitag die Möglichkeit hat, nochmals mit einfacher Mehrheit über die endgültige Fassung zu beschliessen. Satzungsänderungen

bedürfen sonst der Zwei-Drittel-Mehrheit eines Parteitages.

Eine Reihe von Anträgen beschäftigte sich mit reinen organisatorischen Fragen. Sie wurden vorwiegend dem Parteivorstand zur Bearbeitung überwiesen. Dann gab es eine Aufforderung an den Parteivorstand, baldigst eine zusammenfassende Darstellung des Willens und der Vorstellungen der SPD zur Herstellung eines demokratischen europäischen Staatenbundes herauszugeben. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag, sich jeder deutschen Remilitarisierung energisch zu widersetzen. Ein Protest gegen Fehlurteile und nazistische Richter wurde der Bundestagsfraktion, Anträge auf die Berufsauswahl der Richter wurden dem Parteivorstand als Material überwiesen.

Zu Artikel 29 des Grundgesetzes (Grenzregelung der Länder) und seine Anwendung wurde der Parteivorstand aufgefordert, eine Stellungnahme auszuarbeiten und auf seine baldige Durchführung zu drängen. Ein weiterer Antrag beschäftigte sich mit der Beseitigung der nicht demokratisch kontrollierten Mittelinstanzen - der Regierungsbezirke und Präsidenten.

Dem Parteivorstand überwiesen wurden mehrere Anträge, die die schnellste Herausgabe eines Parteiprogramms fordern, ein Berliner Antrag auf unverzügliche Aufstellung eines politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Arbeitsprogrammes unter voller Zustimmung des Parteitages angenommen. Einmütig wurde eine Aufforderung an die Bundestagsfraktion unterstützt, die Diffamierung der berufstätigen Frau im neuen Bundesbeamtengesetz der Regierung schärfstens zu bekämpfen und sie rückgängig zu machen.

Mit der Neuordnung der Sozialversicherung befasste sich ein Göttinger Antrag. Nach ihm soll die Pflichtversicherung auf die Gesamtbevölkerung ausgedehnt werden. Völlige Selbstverwaltung und in der obersten Spitze ein Gesundheitsministerium sind weitere Forderungen dieses Antrages, der zugleich auch einen Protest gegen Apotheker-Privilegien, überhöhte Preise für pharmazeutische Artikel und die Forderung zur Neueinrichtung von "Krankenkassen-Hauschwestern" enthält, die der Entlastung der Hausfrauen dienen sollen. Auch dieser Antrag wurde dem PV überwiesen.

Einmütig zugestimmt wurde einem Antrag auf Hilfsmassnahmen für Watenstedt-Salzgitter. Hier soll sich die Arbeiter-Wohlfahrt bemühen, monatlich 120 - 150 Kinder zur Erholung in ihren Heimen aufzunehmen.

Insgesamt lagen über 70 Anträge vor.

- o - o -

Hamburger Vignetten

sp. Hamburg, 24. Mai 1950

Es war für Verlauf und Inhalt des Parteitages der SPD ganz offenbar nicht ohne Bedeutung, dass er diesmal in Hamburg stattfand, der Stadt unbestreitbarer sozialdemokratischer Erfolge bei den Bemühungen zum Wiederaufbau und Gesundung. Ein Zug von starkem Leistungswillen, grosser Zuversicht und Aktivität war als besonderes Merkmal der Beratungen unverkennbar. Er entsprang ohne Zweifel zu einem guten Teil der Atmosphäre dieser ungeheuer lebendigen Stadt. Als das Ende des Parteitages nahte, sah man freilich manch müdes Gesicht im Saal. Das war gewiss kein Wunder. Unermüdlich schien nur der Vorsitzende, der 70-jährige Adolf Schönfelder, der mit viel Humor und noch mehr Erfahrung in der Parlamentsführung die Glocke schwang und manche Situation rettete, die in uferlosen Debatten zu versenden drohten. Etwa, als er den Berlinern zu-



rief: "Ich danke Euch, dass Ihr den Antrag zurückgezogen habt, dann braucht er ja nicht abgelehnt zu werden".

+

Das Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof, unweit des Hamburger Hauptbahnhofs ist keine architektonische Meisterleistung. Trotz seiner Grösse und seiner Fülle von Räumen ist es auch keineswegs ein ideales Gebäude für Tagungszwecke. Die Säle sind zu klein und die Unzahl von Nebengängen kann diesen Nachteil nicht ausgleichen. Das Ganze ist ein Gewirr von Treppen, verwinkelten und ineinander verschachtelten Räumen. Recht treffend bemerkte eine spitze Zunge: "Das ist kein Bürohaus, das ist ein Platz für ein Häuserkampf-Geländespiel". Vor allem der Saal war zu klein. Hier ist sonst ein kleines Theater zuhause, das für die Tage des Kongresses die Pforten geschlossen hat. Für den Parteitag half man sich, indem man jede zweite Bankreihe durch eine Tischreihe ersetzte. Das hat den Saal nicht grösser gemacht. In Düsseldorf und auch in Nürnberg war der Raum viel grösser, in Hamburg ist er intimer. Das blieb nicht ohne wohltuenden Einfluss auf den Verlauf des Parteitages. Ausserdem hat der Saal Tradition: 1906 hat ihn August Bebel eingeweiht.

+

Am Dienstag gab es eine kleine Sensation: Um 16.30 Uhr war die vorgesehene Tagesordnung erschöpft. Delegierte und Gäste stürmten förmlich aus dem schlecht gelüfteten Saal ins Freie. Niemand hatte mit der Möglichkeit gerechnet, dass es an irgend einem Beratungetage möglich sein werde, vor 18.00 Uhr zuende zu kommen. Das für Hamburg ganz ungewöhnlich schöne, ja strahlende Wetter, liess diesen freien Nachmittag den meisten wie ein Geschenk erscheinen. Innen- und Aussenalster, Jungfernstieg und Ballindamm, Planten un Blomen, dieser vielleicht schönste Parkgarten einer Grosstadt in Deutschland, waren die Hauptziele schnell improvisierter Ausflüge.

+

Viele Frauen waren unter den Delegierten, relativ mehr, als die 18,8 Prozent, die Herta Gotthelf, die Leiterin des Frauensekretariates, als Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft nannte. (Unter den 30 Mitgliedern des Parteivorstandes gibt es nur nach der Wahl übrigens sechs Frauen). Die Frauendelegierten bewegten sich mit der gleichen Sicherheit wie die Männer in dieser rein politischen Atmosphäre. Wenn sie sprachen, geschah es mit der selbstverständlichen Routine des politischen Kämpfers, aber auch mit der besonderen gefühlbetonten Leidenschaftlichkeit, mit der die Frau sich öffentlicher Angelegenheiten annimmt, sobald sie es überhaupt tut. Aber diese Frauen sind keine Suffragetten, sondern Mütter und Frauen, die vor allem aus der täglichen Kleinkampf des Haushaltes um die Notwendigkeit des Sozialismus wissen.

+

Weisshaarig, nachdenklich oder auch mit behaarten, aber einringlichen Gesten debattierend, schoben sich die Veteranen der SED durch das Gewühl zu ihren Ehrenplätzen, wenn die Glocke des Vorsitzenden rief: Zierlich und sehr lebhaft Carl Seyring, hochgewachsen und von der Last der Jahre gebeugt, mit den inzwischen sonnenweiss gewordenen, so oft karikierten starken Augenbrauen, Otto Braun, ruhig, bestimmt und doch erstaunlich frisch Max Dittmann, der Volksbeauftragte der Zeit nach dem ersten Weltkrieg und Rudolf Wissell mit wallendem Bart. Immer wieder bildeten sich lebhaft diskutierende Gruppen um sie als die lebenden Zeugen einer an Erfolgen und Kämpfen so reichen Vergangenheit der deutschen

## Sozialdemokratie.

Fünf Tage lang schwirrten alle Dialekte Deutschlands durch den Saal. Es war sozusagen eine mundartliche Palette, die vom gemütlichen "Jo mei" der Bayern über die behagliche Breite der Rheinischen Laute bis zum scharf gestechenen S-t der Wasserkante nichts ausliess, was die deutsche Zunge an föderalistischen Zügen aufzuweisen hat. Einen Sonderapplaus holte sich ein Sprecher aus dem schönen Passau, dem bayerischen Salzburg, als er anregte, den nächsten Parteitag in seiner Stadt abzuhalten - ein glänzender Gedanke, aber wie die Stadt selbst, um die es geht, recht romantisch und vielleicht ein bisschen unwirklich. Der Schritt vom Nordwesten zum äussersten Südosten wäre aber zumindest recht reizvoll und würde auch die landschaftliche Spannweite der deutschen Sozialdemokratie wirkungsvoll unterstreichen. Aber es wird wohl bei der Anregung bleiben.

- o - e -